

Militärisch-Industrieller Komplex?  
Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg



# Militärisch-Industrieller Komplex?

Rüstung in Europa und Nordamerika  
nach dem Zweiten Weltkrieg

Mit Beiträgen von  
Torsten Diedrich, Bastian Giegerich,  
Holger H. Herwig, Dieter H. Kollmer, John Louth,  
Søren Nørby, Erwin A. Schmidl, Florian Seiller,  
Niklas Stenlås, Matthias Uhl, Christoph Wyniger

Im Auftrag  
des Zentrums für Militärgeschichte und  
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

herausgegeben von

Dieter H. Kollmer

 **rombach** verlag

Umschlagabbildung:

Der erste serienmäßig hergestellte Kampfpanzer Leopard rollt am 9. September 1965 im Beisein von Bundesminister der Verteidigung, Kai-Uwe von Hassel (links), und dem Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Ulrich de Maizière (rechts), in einer Montagehalle des Generalunternehmers Krauss-Maffei in München vom Band (Bildausschnitt).

*Foto: Bundeswehr*

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [www.dnb.de](http://www.dnb.de) abrufbar.

© 2015 Rombach Verlag KG, Freiburg i.Br./Berlin/Wien

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Redaktion: ZMSBw, Schriftleitung (0773-01)

Koordination: Aleksandar-S. Vuletić

Bildredaktion: Marina Sandig

Lektorat: Cordula Hubert

Grafiken: Yvonn Mechtel, Bernd Nogli

Satz: Antje Lorenz

Umschlaggestaltung: Carola Klinke

Gesamtherstellung: Rombach Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, Freiburg i.Br.

Printed in Germany

ISBN 978-3-7930-9808-9

## Inhalt

Vorwort .....	VII
<i>Dieter H. Kollmer</i> Militärisch-Industrielle Komplexe vs. Rüstungsinterventionismus. Rüstung in Europa und Nordamerika nach 1945 im Vergleich .....	1
I. Supermächte	
<i>Holger H. Herwig</i> »One Hell of a Business«. The Genesis of the Military-Industrial Complex in the United States .....	29
<i>Matthias Uhl</i> Umfang, Struktur und Leistungsvermögen des militärisch-industriell- akademischen Komplexes der Sowjetunion 1945–1970 .....	49
II. Mittelmächte	
<i>John Louth</i> British Defence Procurement and Industry's Responses. The Journey to Today .....	77
<i>Florian Seiller</i> Zwischen »Indépendance nationale« und »Europe de la défense«. Die Rüstungspolitik Frankreichs nach 1945 .....	93
III. Deutschland	
<i>Dieter H. Kollmer</i> Rüstungsinterventionismus – Rüstungsgüterbeschaffung der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 .....	131
<i>Torsten Diedrich</i> Zwischen Anspruch und Möglichkeit. Die Rüstungsindustrie der DDR.....	155

## IV. Kleine und Neutrale

*Erwin A. Schmidl*Zwischen Eigenbedarf und Export. Zur Rüstung eines neutralen  
Kleinstaates am Beispiel Österreichs ..... 191*Christoph Wyniger*Im Spannungsfeld von Militär, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit.  
Schweizer Rüstungsgüterbeschaffung im Kalten Krieg..... 215*Niklas Stenlås*

Rise and Decline of Sweden's Military-Industrial Complex ..... 239

*Søren Nørby*With a little help from your friends ...  
Rebuilding the Royal Danish Navy 1945–1965..... 265

## V. Gegenwart und Zukunft

*Bastian Giegerich*

European Cooperation and Defence Procurement. Current Trends..... 285

Abkürzungen.....	303
Personenregister.....	310
Autorenverzeichnis .....	312

## Vorwort

Die Beschaffung von militärischem Material und Dienstleistungen ist im Wesentlichen von der außen- und sicherheitspolitischen Lage abhängig, in der sich der nachfragende Staat befindet. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Sommer 1945 hat sich die weltpolitische Konstellation wiederholt grundlegend verändert. In der Phase des Ost-West-Konflikts bis 1989 haben primär Ereignisse im Zusammenhang mit der atomaren Bewaffnung der Supermächte (u.a. Sputnikschock, Kubakrise, Abrüstungsverhandlungen und NATO-Doppelbeschluss) Einfluss auf die sicherheitspolitischen Strategien von NATO und Warschauer Pakt und mithin ihrer Mitgliedstaaten genommen. Nach dem Zerfall des Ostblocks folgten in schneller Reihenfolge u.a. die Einforderung einer »Friedensdividende« in Westeuropa, der jugoslawische Nachfolgekrieg, die beiden Irakkriege, das militärische Engagement in Vorderasien aufgrund des islamistischen Terrorismus und verschiedene Bürgerkriege auf dem afrikanischen Kontinent. Diese überwiegend asymmetrischen Konflikte führten zu einer Neuorientierung in der Außen- und Sicherheitspolitik der involvierten Staaten mit der direkten Folge, dass sie sich dazu gezwungen sahen, ihre Landesverteidigungsarmeen in Interventionsstreitkräfte zu transformieren.

Diese permanenten Veränderungen der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen, aber auch die rasante technologische Entwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben Struktur und Wesen der Rüstungsgüterbeschaffung weltweit grundlegend verändert. Während des Zweiten Weltkrieges waren die beteiligten Staaten zunächst darum bemüht, ihre Streitkräfte mit den national verfügbaren materiellen, finanziellen, technischen und industriellen Ressourcen selbstständig auszurüsten. Im Kalten Krieg war dies aus Gründen, die in diesem Buch näher ausgeführt werden, schon nicht mehr möglich. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der fast zeitgleichen IT-Revolution können größere und komplexere Rüstungsprojekte insbesondere in Europa zumeist nur noch kooperativ entwickelt und hergestellt werden.

Infolge dieser radikalen Entwicklung muss der gesamte Prozess der Rüstungsgüterbeschaffung neu gestaltet werden. Kooperative Entwicklung und Herstellung bedeuten auch Rücksichtnahme auf die nationalen Abläufe. Ziel muss zukünftig eine schrittweise Harmonisierung hin zu einem Beschaffungsvorgang sein, der sich an den Vorgaben supranationaler Instanzen (wie z.B. der Europäischen Union) oder Abkommen (wie z.B. dem geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen) orientiert.

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) beschäftigt sich schon seit Längerem mit Fragen der Rüstungsgüter-

beschaffung und einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik. Selbstverständlich gibt es hier eine große inhaltliche Schnittmenge, die sich auf der materiellen Ebene in multinationalen Rüstungsprojekten von der Feldhaubitze FH 155-1 bis hin zum Airbus A-400 M und auf der organisatorischen Ebene z.B. in der European Defence Agency (EDA) widerspiegelt. Die rüstungspolitischen Bestrebungen der europäischen Staaten haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Abgrenzung zu den USA entwickelt, um nicht in eine zu große Abhängigkeit von der amerikanischen Rüstungsindustrie zu geraten und um eigenes Know-how aufzubauen bzw. eigene Vorstellungen verwirklichen zu können. In Zeiten immer knapper werdender Verteidigungsbudgets und der Internationalisierung der industriellen Produktion ist aus diesem zunächst alternativen, experimentellen Versuch ein pragmatisches, zielorientiertes europäisches Modell geworden. Dieser multinationale, europäische Ansatz ist – insbesondere vor dem Hintergrund zukünftiger multinationaler, europäischer Einsätze – trotz aller noch vorhandener nationaler Vorbehalte zurzeit alternativlos. Vor diesem Hintergrund soll diese Publikation einen Beitrag dazu leisten, die gegenwärtigen Bemühungen relevanter Akteure im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich besser verstehen und einordnen zu können.

Das vorliegende Buch ist die erste Publikation im deutschsprachigen Raum, die multinational, multiperspektivisch und komparatistisch die Entwicklung der Rüstung und Rüstungsgüterbeschaffung in Europa und in den USA während des Ost-West-Konfliktes nachvollzieht. Allerdings verharren die Ausführungen der Autoren nicht an diesem Punkt, sondern zeigen darüber hinaus auf, wie sich die Länder – soweit sie noch existieren – rüstungspolitisch auf die neue sicherheitspolitische Konstellation zu Beginn des 21. Jahrhunderts eingestellt haben. Damit ergänzt dieser Band die internationale Debatte zum Ost-West-Konflikt und seinen Folgen um einen wichtigen Baustein und ist mithin für zukünftige Forschungsarbeiten zu den behandelten Themen wegweisend.

Ich danke allen, die zum Gelingen des Bandes beigetragen haben, in erster Linie dem Herausgeber, Oberstleutnant Dr. Dieter H. Kollmer, und den international renommierten Autoren, die mit ihren differenzierten Beiträgen viele Anstöße zu neuen Forschungsvorhaben gegeben haben. Mein Dank gilt gleichfalls den Mitarbeitern unserer Schriftleitung, die die Manuskripte bis hin zur Druckreife umfangreich betreut haben.

Dem Buch wünsche ich die große Aufmerksamkeit, die die Thematik eigentlich schon seit Langem verdient hat, und den Lesern einen angemessenen Gewinn bei der Lektüre der einzelnen Beiträge.

Dr. Hans-Hubertus Mack  
Oberst und Kommandeur des Zentrums für Militärgeschichte  
und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Dieter H. Kollmer

## Einleitung

### Militärisch-Industrielle Komplexe vs. Rüstungsinterventionismus. Rüstung in Europa und Nordamerika nach 1945 im Vergleich

Als der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) im Sommer(loch) 2014 das Thema Rüstung erfolgreich auf die politische Agenda in Berlin setzte<sup>1</sup> und pauschal eine Reduzierung der Rüstungsexporte forderte, befand er sich im Einklang mit der Mehrheit der Bundesbürger<sup>2</sup>. Als dann wenige Wochen später das Bundeskanzleramt, unterstützt durch den Deutschen Bundestag, Waffenlieferungen an die kurdischen Peschmerga für den Kampf gegen die islamistischen Milizen des Islamischen Staates (IS) beschloss<sup>3</sup>, wurde an der öffentlichen Reaktion sehr deutlich, dass es für viele Deutsche eine schwer zu ertragende Vorstellung ist, wenn in Deutschland produzierte Waffen in Krisengebieten eingesetzt werden. Auch die jährlichen Berichte des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI)<sup>4</sup> führen zu einem fast schon ritualisierten Aufschrei in der bundesdeutschen Medienlandschaft<sup>5</sup>. Die sich dahinter verbergenden grundlegenden Vorbehalte hinsichtlich des »Geschäft[s] mit dem Tod«<sup>6</sup> sind im Laufe der Jahre zu einem der konstitutiven Elemente der

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu u.a.: <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1296466> und [http://www.sigmar-gabriel.de/aktuelle\\_themen/fr-eine-restriktive-rstungsexportpolitik-und-mehr-transparenz](http://www.sigmar-gabriel.de/aktuelle_themen/fr-eine-restriktive-rstungsexportpolitik-und-mehr-transparenz) (3.12.2014).

<sup>2</sup> In den vergangenen Jahren hat es verschieden Umfragen zu dieser Thematik in Deutschland gegeben. Die Ergebnisse lagen alle sehr nahe beieinander. Exemplarisch hierzu: [http://www.amnesty.de/files/Amnesty\\_Umfrage\\_Waffenexporte\\_Feb2013.pdf](http://www.amnesty.de/files/Amnesty_Umfrage_Waffenexporte_Feb2013.pdf) und [http://www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2011/06/Zusammenfassung-UmfrageWaffenexporteHomepage\\_End.pdf](http://www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2011/06/Zusammenfassung-UmfrageWaffenexporteHomepage_End.pdf) (3.12.2014).

<sup>3</sup> Siehe hierzu u.a.: <http://www.sueddeutsche.de/politik/waffenlieferung-an-kurden-im-nordirak-von-wegen-historische-entscheidung-1.2111438> und <http://www.taz.de/!145165/> (3.12.2014).

<sup>4</sup> Siehe hierzu: <http://www.sipri.org/yearbook/2013/2013/files/sipri-yearbook-2013-kurzfassung-auf-deutsch> (3.12.2014).

<sup>5</sup> Siehe hier exemplarisch zum Bericht 2013: <http://www.fr-online.de/politik/ruistungsexporte-sipri-deutschland-erhoeht-militaerausgaben,1472596,26846260.html> und [http://www.deutschlandfunk.de/militaerausgaben-was-der-sipri-bericht-ueber-die-weltweite.858.de.html?dram:article\\_id=283187](http://www.deutschlandfunk.de/militaerausgaben-was-der-sipri-bericht-ueber-die-weltweite.858.de.html?dram:article_id=283187) (3.12.2014).

<sup>6</sup> Dieser Ausdruck geht auf dem Titel eines Sammelbandes zurück: Michael Brzoska, Anton Andreas Guha, Christian Wellmann, Das Geschäft mit dem Tod. Fakten und Hintergründe der Rüstungsindustrie, Frankfurt a.M. 1982.

strategischen Kultur der Bundesrepublik geworden<sup>7</sup>. Militär und alles, was damit zu tun hat, wurde seit Ende des Zweiten Weltkrieges aus sehr unterschiedlichen Gründen von einem Großteil der Bevölkerung lange Jahre kritisch gesehen, wenn nicht sogar abgelehnt<sup>8</sup>. Sicherlich auch vor dem Hintergrund der eigenen historischen Erfahrung hat sich insbesondere die alte Bundesrepublik Deutschland bis 1989 zu einer »pazifisierten Gesellschaft« entwickelt<sup>9</sup>.

Dementsprechend hat die Beschaffung von Rüstungsgütern für die eigenen Streitkräfte in den vergangenen rund 60 Jahren nur dann die Aufmerksamkeit der (west-)deutschen Öffentlichkeit auf sich gezogen, wenn es sich dabei um wirkliche oder vermeintliche Beschaffungsskandale handelte<sup>10</sup>. Durch zum Teil undifferenzierte Kenntnisse und Haltungen gegenüber der Rüstung und Rüstungsgüterbeschaffung erfahren die von Wissenschaftlern schon in den 1930er-Jahren so genannten *Merchants of Death*<sup>11</sup> seit der Gründung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit sehr viel Ablehnung für die »Bombengeschäfte«<sup>12</sup>. Geprägt und immer wieder geschärft wurde diese negative Sichtweise vornehmlich durch die Medien und zum Teil tendenziöse wissenschaftliche Publikationen<sup>13</sup>. Einen Ausdruck fand diese Entwicklung

<sup>7</sup> Zur strategischen Kultur in Deutschland siehe: Julian Junk and Christopher Daase, Germany. In: *Strategic Cultures in Europe. Security and Defence Policies Across the Continent*. Ed. by Heiko Biehl, Bastian Giegerich and Alexandra Jonas, Wiesbaden 2013 (= Schriftenreihe des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 13), S. 139–152. Eine kritische Einordnung des gesamten Sachverhaltes findet man auch in dem Sammelband: »Entrüstet Euch!« Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung. Hrsg. von Christoph Becker-Schaum [u.a.], Paderborn 2012.

<sup>8</sup> Siehe hierzu exemplarisch für eine Vielzahl von kritischen Publikationen zur Bundeswehr: *Unsere Bundeswehr? Zum 25-jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution*. Herausgegeben im Auftrag der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung von Reiner Steinweg, Frankfurt a.M. 1981; Detlef Bald: *Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955–2005*, München 2005. Erst mit den Auslandseinsätzen hat sich diese Einstellung langsam, aber stetig verändert. Siehe zu dieser komplexen Thematik u.a.: Heiko Biehl und Armin Wagner, *Bundeswehr und Gesellschaft*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 44 (2013), S. 23–30.

<sup>9</sup> Zur pazifisierten Gesellschaft siehe: *Handbuch Militärische Berufsethik*, Bd 1: Grundlagen. Hrsg. von Thomas Bohrmann, Karl-Heinz Lather und Friedrich Lohmann, Wiesbaden 2013, S. 318 f.

<sup>10</sup> Besonders deutlich wurde dieser Sachverhalt z.B. im Zusammenhang mit der (rückabgewickelten) Beschaffung der Kampfdrohne »Eurohawk«. Siehe hierzu u.a.: Thomas Vitzthum, *Euro Hawk – eine Farce*. In: *Die Welt*, 13. Juni 2013, S. 5; *Der Spiegel*, Nr. 23/2013 (Titelgeschichte mit sechs Artikeln zu der Thematik); *Die Zeit* online: <http://www.zeit.de/schlagworte/themen/drohne/index> (3.12.2014). Ausgewogene und kenntnisreiche Berichte zu dieser Thematik im Besonderen sowie der Bundeswehr im Allgemeinen verfasst der Journalist Thomas Wiegold in seinem Blog unter: <http://augengeradeaus.net/category/dronewatch/> (3.12.2014).

<sup>11</sup> Dieser Ausdruck geht auf den Titel eines Klassikers über die Rüstungsindustrie in den USA zurück: Helmuth C. Engelbrecht and F.C. Hanighen, *Merchants of Death. A Study of the International Armaments Industry*, New York 1934.

<sup>12</sup> Hauke Friedrichs, *Bombengeschäfte. Tod made in Germany*, Wien 2012.

<sup>13</sup> Siehe hierzu u.a.: Ulrich Albrecht, *Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation*, Köln 1980; Carola Bielfeldt, *Rüstungsausgaben und Staatsinterventionismus. Das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland 1950–1971*, Frankfurt a.M., New York 1977; Michael Brzoska, *Militärisch-industrieller Komplex in der Bundesrepublik und Rüstungsexportpolitik*. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 8 (1989), S. 501–512; Wilfried Karl, *Die bundesdeutsche Rüstungspolitik und Rüstungsindustrie im Spannungsfeld von Abrüstung, westeuropäischer Kooperation und sicherheitspolitischer Neuorientierung*. Univ. Diss., Berlin 1992; Alfred Mechttersheimer, *Rüstung und Politik in der Bundesrepublik. MRCA Tornado. Geschichte und*

insbesondere im Gebrauch des aus dem angelsächsischen Sprachraum Ende der 1960er-Jahre übernommenen Begriffs des »Militärisch-Industriellen Komplexes« (MIK), mit dem in der Bundesrepublik von diesem Zeitpunkt an – häufig sehr stark vereinfacht – die Kooperation zwischen Staat, Militär und Wirtschaft im Rahmen der Beschaffung von Rüstungsgütern bezeichnet wurde. Im Laufe der 1970er-Jahre entwickelte sich dieser Begriff – der im Folgenden noch näher zu erläutern ist – zu einem normativen Kampfbegriff der westdeutschen Friedensbewegung gegen das »politische Establishment«, die Industrie und das Militär<sup>14</sup>.

Der eigentliche Beschaffungsvorgang ist trotz seiner zum Teil sehr hohen Belastung für den Bundeshaushalt bis heute in der Öffentlichkeit, in den Medien und in der Wissenschaft zumeist nur von nachgeordnetem Interesse geblieben<sup>15</sup>. Insbesondere die Komplexität der Rüstungsgüterbeschaffung, die von ökonomischen, technischen, juristischen, bürokratischen und einer Vielzahl politischer Prozesse beeinflusst wird, hat vermutlich zu dieser bemerkenswerten Vernachlässigung geführt<sup>16</sup>. Hinzu kam, dass die ethisch-moralische Dimension der Beschaffung von »tödlichen Waffen«<sup>17</sup> für die von der deutschen Gesellschaft mit »freundlichem Desinteresse«<sup>18</sup> begleitete

Funktion des größten deutschen Rüstungsprogramms, Bad Honnef 1977; Dieter Senghaas, Rüstung und Militarismus, Frankfurt a.M. 1972; Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Eine sozialökonomische Studie des Militarismus, Reinbek 1973.

<sup>14</sup> Sehr gut zusammengefasst werden die Autoren und ihre Ziele bei: Karl, Die bundesdeutsche Rüstungspolitik (wie Anm. 13), S. 30–32.

<sup>15</sup> Dies wird z.B. in der erst kürzlich vor dem Hintergrund der Drohnen- und Waffenexportdiskussionen erschienenen Ausgabe der Zeitschrift »Aus Politik und Zeitgeschichte« mit dem Titel »Waffen und Rüstung« (APuZ 35–37, 2014) deutlich. Auf rund 50 Seiten werden umfassend verschiedene Aspekte der Rüstungsgüterbeschaffung beschrieben, ohne dass der eigentliche Beschaffungsvorgang näher erläutert wird. Im Gegensatz dazu: Helmuth Heumann, Der Rüstungsprozess – Wesen, Entwicklung, Herausforderungen. In: Deutsche Verteidigungspolitik. Herausgegeben von Ina Wiesner, Baden-Baden 2013 (= Schriftenreihe der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, 29), S. 263–292.

<sup>16</sup> Zur Komplexität des eigentlichen Beschaffungsprozesses siehe u.a.: Dieter H. Kollmer, Rüstungsgüterbeschaffung in der Aufbauphase der Bundeswehr – dargestellt an der Beschaffung des Schützenpanzer HS 30, Stuttgart 2002 (= Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 93) und Ulrich Lenz, Kostensteigerung bei öffentlichen Aufträgen. Am Beispiel der Rüstungsgüter, Wiesbaden 1990.

<sup>17</sup> Die Einstellung weiter Teile der bundesdeutschen Bevölkerung zur Bewaffnung der Bundeswehr wird exemplarisch wiedergegeben bei: <http://www.bgland24.de/bgland/schoenau/schoenau-koenigssee-bundeswehr-praesentierete-arsenal-waffen-fahrzeugen-bgland24-2389253.html> (3.12.2014). Eine durchaus bemerkenswerte wissenschaftliche Studie hierzu findet man u.a. bei: Ulrike C. Wasmuth, Frieden schaffen – mit oder ohne Waffen? Eine Auseinandersetzung mit (un-)versöhnlichen Argumenten in der links-intellektuellen Diskussion und öffentlichen Meinung, Strausberg 1998 (= SOWI Arbeitspapier, 110). Besonders deutlich wird die Einstellung unter deutschen Intellektuellen in der zurzeit an deutschen Universitäten betriebenen Kampagne gegen »militärische Forschung«, die an verschiedenen Universitäten zur sogenannten »Zivilklausel« geführt hat und mithin sämtliche Forschungsgegenstände, die militärische Inhalte haben, verhindern soll. Siehe hierzu u.a.: Daniel Weitoll, Kein Raum für »Teufelszeug«. In: loyal, 4 (2013), S. 23–25.

<sup>18</sup> Eine fundierte Analyse der Problematik kann man u.a. nachlesen in: Berthold Meyer, Von der Entgrenzung nationaler deutscher Interessen. Die politische Legitimation weltweiter Militäreinsätze, HSFK-Report Nr. 10/2007, S. 27 f. Neue Entwicklungen spiegeln sich hingegen in den Ergebnissen dieser Studie wider: Heiko Biehl, Rüdiger Fiebig, Zum Rückhalt der Bundeswehr in der Bevölkerung. Empirische Hinweise zu einer emotional geführten Debatte, Strausberg 2011 (= SOWI-Thema 2/2011).

Bundeswehr eine sachliche, wissenschaftliche Aufarbeitung und Auseinandersetzung über diesen Gegenstand eher verzögert hat.

Hierin unterscheidet sich Deutschland grundlegend von den meisten anderen Rüstungsgüter produzierenden Ländern. Seit vielen Jahren veröffentlichen insbesondere in den angelsächsischen Staaten Journalisten und Wissenschaftler kritische und scharfsinnige Publikationen über staatliche Geschäfte mit den »Merchants of Death«<sup>19</sup>. In diesen Ländern ist die Beschaffung von Wehrmaterial ein Teil der nationalen Identität. Die Entwicklung und Herstellung von militärischem Material dient vor allem der politischen und rüstungstechnischen Unabhängigkeit, schafft aber auch die Möglichkeit einer selbstbestimmten militärischen Machtprojektion. Dementsprechend werden wissenschaftliche Auseinandersetzungen zu den genannten Themen in den meisten Ländern ohne historische Vorbehalte zumeist sachbezogen geführt. Der Begriff »Militärisch-Industrieller Komplex« wird dort eher als analytische Kategorie verwendet, um Abläufe und Ausprägungen angemessen überprüfen sowie möglicherweise modifizieren zu können, und nicht normativ, um ein System zur Beschaffung von militärischem Material grundsätzlich in Frage zu stellen.

Im folgenden Abschnitt wird das Abstraktum »Militärisch-Industrieller Komplex« definiert und als analytische Kategorie typisiert, um zu verdeutlichen, was in diesem Buch unter dem MIK zu verstehen ist.

### 1. Militärisch-Industrieller Komplex

In den Ländern, in denen ein Militärisch-Industrieller Komplex existiert, kooperieren Politik, Wirtschaft und Militär<sup>20</sup> bei der Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern für die nationalen Streitkräfte sehr eng miteinander, um die quantitative wie qualitative Versorgung der eigenen Streitkräfte mit hochwertigen Waffensystemen und militärischen Dienstleistungen sicherzustellen<sup>21</sup>. In einigen Ländern sind zudem nicht-staatliche Organisationen, wie universitäre

<sup>19</sup> Siehe hierfür exemplarisch: William D. Hartung, *Prophets of War. Lockheed Martin and the Making of the Military-Industrial Complex*, New York 2010; Henrik Heidenkamp, John Louth and Trevor Taylor, *The Defence Industrial Ecosystem. Delivering Security in an Uncertain World*, London 2011; Alex Roland, *The Military-Industrial-Complex*, Washington D.C. 2002; Steve Zaloga, *The Kremlin's Nuclear Sword. The Rise and Fall of Russia's Strategic Nuclear Forces, 1945–2000*, Washington D.C., London 2002.

<sup>20</sup> In den USA und Japan wird diese enge Kooperation zwischen der Politik, den Interessenvertretern der Wirtschaft und verschiedenen Bürokratien (z.B. die des Pentagons) »Iron Triangle« genannt. Siehe hierzu u.a.: Gordon Adams, *The Iron Triangle. The Politics of Defense Contracting*, Council on Economic Priorities, New York 1981, und Verena Blechinger, *Politische Korruption in Japan. Ursachen, Gründe und Reformversuche*, Hamburg 1998.

<sup>21</sup> Über den Militärisch-Industriellen Komplex (MIK) sind seit Ende des Zweiten Weltkrieges zahlreiche Studien publiziert worden. Im Laufe der Jahre haben sich weltweit verschiedene Theorien zu diesem Bereich der Staatsnachfrage entwickelt. Exemplarisch seien hier Veröffentlichungen genannt, die sich mit dem MIK in den USA auseinandergesetzt haben: Michael Hennes, *Der neue Militärisch-Industrielle Komplex in den USA*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 46 (2003), S. 41–46; Paul A.C. Koistinen, *The Military-Industrial Complex. A Historical Perspective*, New York 1980; C. Wright Mills, *»Power Elite«*, New York 1956; Roland, *The Military-Industrial-Complex* (wie Anm. 19); Stefanie van de Kerkhof: *Der »Military-Industrial Complex« in den Vereinigten Staaten von Amerika*. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1999, S. 103–134.

Einrichtungen und Think-Tanks, in diesen Prozess involviert. Zwischen den beteiligten Institutionen eines MIK gibt es eine sehr hohe Durchlässigkeit von Personal, Informationen, Geldflüssen und Ressourcen. Diese Interaktionen werden insbesondere durch Rüstungslobbyisten sichergestellt, die sich zudem relativ uneingeschränkt mit den entsprechenden Entscheidungsträgern vernetzen können.

Ein MIK kann grundsätzlich nur in Staaten entstehen, die eine eigene bedeutende Rüstungsindustrie aufgebaut haben, welche in der Lage ist, selbstständig den Großteil der erforderlichen modernen Waffensysteme zu entwickeln und herzustellen. Zur Finanzierung der Fixkosten, die insbesondere bei komplexen Waffensystemen extrem hoch sind, und zur Senkung der Stückkosten für die nationalen Streitkräfte haben diese Länder niedrige Hürden für den Export von Rüstungsgütern – teilweise fördern sie ihn auch noch auf höchster politischer Ebene. Die Mehrzahl der Länder mit einem MIK betreiben mit ihrer Rüstungsexportpolitik gleichzeitig ausdrücklich Außen- und Sicherheitspolitik.

Diese Konzentration von Macht, Wissen und Finanzen hat immer wieder Kritiker auf den Plan gerufen. Eine der ersten Persönlichkeiten, die vor möglichen Problemen eines MIK warnten, war bemerkenswerterweise der damalige US-amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower, der bereits Anfang der 1960er-Jahre vorhergesehen hatte:

»[The] conjunction of an immense military establishment and a large arms industry is new in the American experience. The total influence – economic, political, even spiritual – is felt in every city, every statehouse, every office of the federal government. We recognize the imperative need for this development. Yet we must not fail to comprehend its grave implications. Our toil, resources and livelihood are all involved; so is the very structure of our society. In the councils of government, we must guard against the acquisition of unwarranted influence, whether sought or unsought, by the military-industrial complex. The potential for the disastrous rise of misplaced power exists, and will persist<sup>22</sup>.«

Wenn man der Argumentation von Eisenhower folgt, besteht die Gefahr, dass ein Militärisch-Industrieller Komplex ein nicht legitimes Machtzentrum im Staate herausbildet, wenn die Abläufe der Rüstungsgüterbeschaffung nicht von dem dafür verantwortlichen Parlament bzw. der Regierung ausreichend kontrolliert werden oder gar aufgrund eines hohen Verflechtungsgrades zwischen den beteiligten Institutionen und Akteuren nicht mehr kontrolliert werden können.

Eine fehlende Steuerung des Rüstungssektors – möglicherweise auch im Sinne einer liberalen Wirtschaftspolitik – kann in diesem Prozess dazu führen, dass die Beteiligten die ausbleibende Verifikation gewinnmaximierend für ihre eigenen Interessen nutzen. Diese Gewinne orientieren sich dabei aber nicht nur am ökonomischen Profit oder machtpolitischen Kalkül, wie z.B. in einigen westlichen Industrienationen, sondern möglicherweise auch an ideologischen oder gesellschaftspolitischen Grundsätzen eines Staates – wie die Beispiele Sowjetunion und Schweden in diesem Buch verdeutlichen werden. Deshalb muss es im Interesse jeder Regierung

<sup>22</sup> Zitiert nach: Eisenhower as President. Ed. by Dean Albertson, New York 1963, p. 161. Diese berühmte Abschiedsrede Eisenhowers vom 17. Januar 1961 kann man auch im Internet hören: <http://www.youtube.com/watch?v=CwSk5Jqoadk> (3.12.2014).

sein, die Interessenidentität einflussreicher Akteure in diesem Prozess durch die Verteidigungsausgaben und durch politisch-rechtliche Rahmenbedingungen im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt restriktiv zu lenken und zu beschränken.

Die sehr hohe Durchlässigkeit von Personal, Informationen, Geldflüssen und Ressourcen im Rahmen eines MIK kann zu der von Eisenhower angesprochenen »acquisition of unwarranted influence« und einem »disastrous rise of misplaced power« führen. Aus eben dieser Konstellation möglicherweise resultierendes »Marktversagen«<sup>23</sup> wird von Verantwortlichen bis heute hauptsächlich mit einer hohen Exportquote der Rüstungsindustrie<sup>24</sup>, der vermeintlichen hohen Qualität der selbst entwickelten und produzierten Waffensysteme, dem im Inland dringend benötigten Know-how, den angeblich nicht ersetzbaren Arbeitsplätzen und dem permanent hohen Verbrauch von Rüstungsgütern durch die eigenen Streitkräfte gerechtfertigt. Alimentiert wird dieses umstrittene Vorgehen vielfach durch eine expansive Fiskalpolitik<sup>25</sup>. In letzter Konsequenz kann dies einen Staat sogar in den Ruin treiben. In der Sowjetunion hatte sich der Militärisch-Industrielle Komplex im Laufe der Jahre auch aufgrund des Rüstungswettlaufes mit der NATO zu einem der größten volkswirtschaftlichen Sektoren entwickelt. Die außerordentlich hohen Kosten für die sowjetische Rüstungsindustrie – insbesondere für die Atomwaffenentwicklung – waren einer der entscheidenden Faktoren für den volkswirtschaftlichen Niedergang der Sowjetunion im Laufe der 1980er-Jahre<sup>26</sup>.

Gleichwohl wollten bzw. konnten nicht alle Staaten zur Ausstattung ihrer Streitkräfte mit militärischen Waren und Dienstleistungen einen Militärisch-Industriellen Komplex herausbilden. Welches Alternativsystem zur Beschaffung von Rüstungsgütern – zum Teil in klarer Abgrenzung zum MIK – entwickelt worden ist, wird im Folgenden erläutert.

## 2. Rüstungsinterventionismus

Warum die Systeme zur Beschaffung von Rüstungsgütern nicht in allen Staaten dem gerade beschriebenen Militärisch-Industriellen Komplex entsprechen, hat recht unterschiedliche Gründe. Sehr häufig hat das entsprechende Land aufgrund der Größe und Struktur der eigenen Volkswirtschaft nur eine kleine oder gar keine Rüstungsindustrie. Dies geht zumeist mit einer fehlenden Tradition in der Waffenherstellung oder auch geringen Größe und Bedeutung der nationalen Streitkräfte einher. Dementsprechend sind viele dieser Länder von Rüstungsimporten abhängig. Um mit den international agierenden Rüstungskonzernen angemessen verhandeln zu können, haben einige dieser Staaten Beschaffungsstrukturen

<sup>23</sup> Siehe hierzu u.a.: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/2260/marktversagen-v9.html> (3.12.2014).

<sup>24</sup> Siehe hierzu: <http://www.sipri.org/yearbook/2013/2013/files/sipri-yearbook-2013-kurzfassung-auf-deutsch> (wie Anm. 4).

<sup>25</sup> Siehe hierzu u.a.: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/73542/makrooekonomishe-totalmodelle-geschlossener-volkswirtschaften-stabilisierungspolitik-v8.html>; <http://www.economist.com/blogs/democracyinamerica/2011/12/defence-spending>; <http://www.bloomberg.com/news/2013-03-05/hammond-renews-defense-of-u-k-s-military-spending.html> (3.12.2014).

<sup>26</sup> Siehe hierzu u.a.: Zaloga, *The Kremlin's Nuclear Sword* (wie Anm. 19).

und -richtlinien geschaffen, die die eigene Position stärken und eine Form von Wettbewerb zwischen den verschiedenen Anbietern bewirken – auf der Basis der jeweiligen nationalen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Aufgrund der fehlenden oder unbedeutenden Rüstungsindustrie exportieren die meisten dieser Länder keine Rüstungsgüter und haben keinen oder nur geringfügigen Austausch von Personal, Informationen und Ressourcen zwischen am Rüstungsprozess beteiligten Akteuren. Infolgedessen können die von Eisenhower befürchteten »nicht legitimierte Machtzentren« in diesem Sektor nicht entstehen – dies galt im Übrigen während des Kalten Krieges für marktwirtschaftlich organisierte Staaten ebenso wie für Zentralverwaltungswirtschaften.

Einige Staaten entwickelten insbesondere vor dem Hintergrund ihrer historischen Erfahrungen bewusst Beschaffungsstrukturen für Rüstungsgüter, die ihre Position im Beschaffungsprozess stärken. Die Bedeutung einzelner Anbieter sollte so weit wie möglich dezimiert und mithin der Einfluss der Rüstungswirtschaft eingeschränkt werden. Dies kann nur dadurch gefördert werden, dass der Staat beim Erwerb von militärischem Material und Dienstleistungen so viele Wettbewerber wie möglich zulässt. Hierfür benötigt er ein sehr dezidiertes, präzises, faires und rechtlich abgesichertes Verfahren. Angesichts der Komplexität der Rüstungsgüterbeschaffung können solche Verfahren selbstverständlich immer nur auf der Basis der nationalen Besonderheiten entwickelt werden.

Gleichwohl gibt es auch einige grundlegenden Gemeinsamkeiten in den Abläufen, wie in diesen Staaten die Beschaffung von militärischem Gerät und Dienstleistungen erfolgt. Da ist zunächst einmal – und sicherlich auch in scharfer Abgrenzung zum MİK – die umfassende politische Kontrolle der Rüstungsgüterbeschaffung zu nennen. In den meisten dieser Staaten geschieht dies durch parlamentarische Ausschüsse. Aber auch konsequente rechtsstaatliche Rahmenbedingungen, die angemessen verifiziert werden, gehören dazu. Dies sind einerseits bürokratische Verfahren, die im deutschsprachigen Raum u.a. als Ausschreibung (engl. *tender*) bezeichnet werden, andererseits nichtpolitische Kontrollinstitutionen wie Rechnungshöfe, die staatliche Ausgaben überprüfen und auf mögliche Fehler hinweisen. Entscheidend ist die enge Begleitung und Kontrolle des Rüstungsprozesses durch nicht am eigentlichen Beschaffungsprozess beteiligte Institutionen.

Bedingt durch die Beschaffungsstrukturen, die rechtlichen Einschränkungen und bürokratischen Verfahren beim Erwerb von Rüstungsgütern müssen diese Staaten zumindest ein Teil ihrer militärischen Ausrüstung importieren. Dies betrifft hauptsächlich das Material, welches sie nicht selbst produzieren wollen oder aufgrund fehlender Kapazitäten nicht selbst herstellen können. In einigen Fällen werden auch Waffensysteme importiert, die im Rahmen von Rüstungsk Kooperationen gemeinsam mit anderen Ländern entwickelt und produziert werden.

Diese Vorgehensweisen lassen sich nicht unter die herkömmliche Definition eines Militärisch-Industriellen Komplexes subsumieren. Der Analyse folgend zeichnet sich daher ein zweites Beschaffungssystem ab. Diese Form der Rüstungsgüterbeschaffung basiert auf der Lenkung und Beschränkung der Verteidigungsausgaben durch politisch-rechtliche Rahmenbedingungen sowie den fallweisen Eingriff des Staates in

rüstungswirtschaftliche Prozesse, um wichtige volkswirtschaftliche Globalgrößen im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt entlang der jeweiligen nationalen Parameter positiv zu beeinflussen. Dabei geht es auch um die immer wieder im politischen Raum geforderte »Einhegung profitgetriebener (Rüstungs-)Dynamiken«<sup>27</sup>. In Abgrenzung zu dem Begriff des Militärisch-Industriellen Komplexes wird diese Methode der Rüstungsgüterbeschaffung im Folgenden »Rüstungsinterventionismus« genannt.

Die verschiedenen Formen des staatlichen Interventionismus<sup>28</sup> sind in der westlichen Welt zu Ende des 20. Jahrhunderts insbesondere angesichts der fortschreitenden Globalisierung sukzessive eingeschränkt worden. Dies führte einerseits zu einer enormen Expansion der westlichen Volkswirtschaften, gleichzeitig aber auch zu einer unkontrollierten Ausweitung hochriskanter Transaktionen und Geschäfte risikobereiter Unternehmen und Staaten. Seit der Lehman-Brothers-Pleite im September 2008 und der darauffolgenden Euro-Krise werden die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Interventionspolitik jedoch wieder verstärkt in der Öffentlichkeit diskutiert<sup>29</sup>. Ein positives Beispiel hierfür ist der Rüstungsinterventionismus, der als ein mögliches Instrument der Ordnungspolitik in den vergangenen Jahrzehnten dazu geführt hat, dass die Verteidigungsministerien, die ihn anwenden, u.a. eine deutlich stärkere Kontrolle über die Beschaffungsmaßnahmen und die Preisentwicklung für Rüstungsgüter ausüben konnten als ihre Pendanten in Ländern mit einem Militärisch-Industriellen Komplex.

Auf der Basis der Definitionen der beiden beschriebenen Beschaffungsstrukturen werden im Folgenden die in diesem Sammelband beschriebenen Staaten näher betrachtet und analysiert. Dabei werden auch die unterschiedlichen Ausprägungen innerhalb der beiden Systeme ersichtlich.

### 3. Zuordnung und Ausprägung der verschiedenen Formen der Rüstungsgüterbeschaffung

Für die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die USA, die Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien, aber auch für das neutrale Schweden ist die Beschaffung von Wehrmaterial ein bedeutender Bestandteil der nationalen Identität. Nicht nur, dass mit diesem Material die eigenen, für die Außenpolitik dieser Länder wichtigen Streitkräfte ausgestattet werden, sondern Rüstung ist auch ein Teil der Selbstbestätigung der eigenen technischen Fähig- und Möglichkeiten, der politischen Unabhängigkeit und der militärischen Machtprojektion. Um dies zweifelsfrei sicherstellen zu können, kooperieren in diesen Staaten Politik, Wirtschaft und

<sup>27</sup> Siehe hierzu u.a.: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/wachstumskritik-das-bornierte-streben-nach-profit-13047404-p3.html> (3.12.2014) oder auch Brzoska, Militärisch-industrieller Komplex (wie Anm. 13), S. 501–503.

<sup>28</sup> Zum Begriff des Interventionismus in der Volkswirtschaftslehre siehe u.a.: [http://universal\\_lexikon.deacademic.com/92851/Interventionismus](http://universal_lexikon.deacademic.com/92851/Interventionismus) (zuletzt abgerufen: 3.12.2014).

<sup>29</sup> Siehe hierzu u.a.: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/lehman-insolvenzbanker-helft-euch-selbst-12563883.html> (3.12.2014).

Militär bei der Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern für die nationalen Streitkräfte sehr eng in einem MIK miteinander.

Der Militärisch-Industrielle Komplex ist bzw. war zweifelsohne in den USA und der Sowjetunion am deutlichsten ausgeprägt. Aufgrund der militärischen Anstrengungen seit den 1940er-Jahren und dem damit einhergehenden Ausbau der eigenen, weltweiten Machtposition gab es in beiden Staaten nicht nur eine sehr enge Verzahnung zwischen Politik, Militär und Wirtschaft, sondern auch die Bereitschaft bei den politischen Entscheidungsträgern in Washington und Moskau, größere Anteile des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern einzusetzen. Als Supermacht galt es nach dem Sieg im Zweiten Weltkrieg, die eigene Position zu sichern und weiter auszubauen. Dies ging nur mit einer innovativen und starken Rüstungsindustrie, die dem Militär die Waffen lieferte, die es benötigte, um gleichzeitig attraktiv für die eigenen Verbündeten und abschreckend für potenzielle Gegner zu sein. Auch aus diesem Grund dominiert(e) in diesen Ländern der ausgeprägte Wille vornehmlich der Streitkräfte und der Industrie, die Entwicklung und Anschaffung von Militärgerät maßgeblich zu bestimmen. Der Einfluss dieser beiden Gruppen auf die politischen Entscheidungsträger ist bzw. war sehr hoch, was wiederholt dazu geführt hat, dass der Staat bei Beschaffungsprozessen massiv durch seine Lieferanten überverteilt wurde. Vor diesem Hintergrund bauten diese beiden Staaten während des Ost-West-Konfliktes die weltweit größten Rüstungsindustrien in Form eines MIK auf und statteten große Teile ihrer Verbündeten mit Waffensystemen der eigenen Rüstungskonzerne aus. Die US-Amerikaner versorgten primär NATO- und asiatische Verbündete mit Großgerät<sup>30</sup>. Moskau lieferte jegliche militärische Ausrüstung an die Mitglieder des Warschauer Paktes und an Länder in der Dritten Welt<sup>31</sup>. Auf diese Weise konnten Arbeitsplätze gesichert, Verbündete ausgestattet, Waffensysteme weiterentwickelt und die Fixkosten erheblich reduziert werden.

Die eigene Rüstungsindustrie durch Rüstungsexporte querzufinanzieren, haben während des Ost-West-Konfliktes auch Staaten wie Frankreich, Schweden und Großbritannien versucht. Obwohl die beiden Supermächte dabei wesentlich erfolgreicher waren, verfolgen insbesondere Frankreich und Schweden bis in die Gegenwart hinein mehr oder minder erfolgreich eine unabhängige Rüstungspolitik.

<sup>30</sup> Literatur über die US-amerikanische Rüstung siehe u.a.: Hartung, *Prophets of War* (wie Anm. 19); Koistinen, *The Military-Industrial Complex* (wie Anm. 21); Keith Krause, *Arms and the State. Patterns of Military Production and Trade*, Cambridge 1992; Maurice Pearton, *The Knowledgeable Society. Diplomacy, War and Technology since 1830*, London 1982; Roland, *The Military-Industrial-Complex* (wie Anm. 19). Weitere Literaturhinweise hierzu finden Sie im Beitrag von Holger H. Herwig.

<sup>31</sup> Literatur über die sowjetische Rüstung siehe u.a.: John Barber, Mark Harrison, *The Soviet Defence-Industry Complex from Stalin to Khrushchev*, Basingstoke [et al.] 2000; Irina V. Bystrova, *Sovetskij voenno-promyslennyj kompleks. Problemy stanovlenija i razvitija (1930-1980-e gody)*, Moskva 2006; Matthew Evangelista, *Innovation and the Arms Race. How the United States and the Soviet Union Develop New Military Technologies*, Ithaca, London 1988; Matthias Uhl, *Stalins V-2. Der Transfer der deutschen Fernlenkwaffentechnik in die UdSSR und der Aufbau der sowjetischen Raketenindustrie*, Bonn 2001; Zaloga, *The Kremlin's Nuclear Sword* (wie Anm. 19); weitere Literaturhinweise hierzu finden Sie im Beitrag von Matthias Uhl.

Der Militärisch-Industrielle Komplex in Frankreich basiert auf der engen Verzahnung der Eliten, dem Selbstverständnis des Landes als europäische Führungsnation und der Tatsache, dass große Anteile an der Rüstungsindustrie dem Staat gehören. Die Rüstungspolitik ist ein integraler Bestandteil der französischen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie garantiert Frankreich ein gewisses Maß an Unabhängigkeit. Man sieht sich dabei in Konkurrenz zu Deutschland, aber noch viel mehr zu den USA. Um gegen diese Konkurrenten bestehen zu können, müssen nach dem Selbstverständnis der Verantwortlichen in Paris Militär, Wirtschaft und Politik im Einvernehmen handeln, welches sich nur im Rahmen eines MIK erreichen lässt<sup>32</sup>. Im Gegensatz dazu hat Großbritannien bereits während des Kalten Krieges erkennen müssen, dass seine volkswirtschaftlichen und rüstungstechnischen Möglichkeiten nur noch bedingt dazu ausreichen, einen Militärisch-Industriellen Komplex aufrechtzuerhalten. Obwohl das Land nach Ende des Zweiten Weltkrieges einer der größten Rüstungsgüterproduzenten war, ist diese Position durch die schwache industrielle Entwicklung des Landes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sukzessive verloren gegangen. Im Laufe der Jahre gab es eine Marktberreinigung, viele Unternehmen fusionierten, Patente wurden zum Teil an Unternehmen verbündeter Staaten verkauft und Rüstungsgüter in internationaler Kooperation produziert. Trotzdem versucht die Regierung in London an einem MIK festzuhalten, um dem verbliebenen, gleichwohl starken Rest der einst so stolzen britischen Rüstungsindustrie möglichst gute Bedingungen auf dem heimischen Markt zu bieten<sup>33</sup>.

Der Aufbau einer nationalen Rüstungsindustrie bedeutete für die weniger mächtigen und neutralen Nationen Schweden, Österreich und die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem die Unabhängigkeit von den großen internationalen Rüstungsexporturen USA, Frankreich, Großbritannien sowie Sowjetunion und dementsprechend die Absicherung der eigenen, identitätsstiftenden Neutralität. Nicht nur deren Politiker wurden nicht müde, die sehr hohen Rüstungsausgaben mit diesem Argument zu begründen. Es war vielmehr gesamtgesellschaftlicher Konsens, dass die eigene, neutrale Position in der bipolaren Konstellation des Kalten Krieges nur auf diese Weise erhalten werden konnte. Darüber hinaus waren (und sind) diese Länder davon überzeugt, dass durch die technischen Erkenntnisse aus der

---

<sup>32</sup> Die französische Rüstung wird u.a. in folgenden Büchern genauer analysiert: François Chesnais, Claude Serfati, *L'armement en France. Genèse, ampleur et coût d'une industrie*, Paris 1992; Pierre Dussauge, Christophe Cornu, *L'industrie française de l'armement. Coopérations, restructurations et intégration européenne*, 2<sup>ème</sup> édition, Paris 1998; Louis Gautier, *La défense de la France après la guerre froide. Politique militaire et forces armées depuis 1989*, Paris 2009; Jean-Damien Pò, *Les moyens de la puissance. Les activités militaires du CEA (1945–2000)*, Paris 2001. Weitere Literaturhinweise hierzu finden Sie im Beitrag von Florian Seiller.

<sup>33</sup> Über die britische Rüstung können Sie u.a. in folgenden Büchern mehr erfahren: Till Geiger, *Britain and the Economic Problem of the Cold War. The Political Economy and the Economic Impact of the British Defence Effort, 1945–1955*, London 2004; Keith Hayward, Trevor Taylor, *The UK Defence Industrial Base. Development and Future Policy Options*, London 1989; Heidenkamp, Louth, Taylor, *The Defence Industrial Ecosystem* (wie Anm. 19); Frederick M. Scherer, *The Weapons Acquisition Process. Economic Incentives*, Cambridge 1964. Weitere Literaturhinweise hierzu finden Sie im Beitrag von John Louth.

Rüstungsgüterproduktion positive »Spill-over-Effekte«<sup>34</sup> auf die zivile Industrie erzielt werden können. Österreich baute als neutraler Staat zwischen den Machtblöcken kleine, auf Landesverteidigung, Katastrophenschutz und friedensstiftende Einsätze im Rahmen der Vereinten Nationen (UN) ausgerichtete Streitkräfte auf. Schweden und die Schweiz passten den Aufbau ihrer Streitkräfte zur Landesverteidigung den spezifischen landeseigenen geografischen Bedingungen an. Hierfür produzierten diese Länder einen Großteil der benötigten Rüstungsgüter selbst. Die Schweiz und Österreich beschafften nur komplexeres Großgerät (Panzer und Flugzeuge) im befreundeten Ausland, wohingegen Schweden vor dem Hintergrund seines kooperativen Gesellschaftssystems die Rüstungsindustrie im Rahmen eines Militärisch-Industriellen Komplexes zu einem der bedeutendsten Industriezweige des Landes ausbaute und nur wenig militärisches Gerät importieren musste<sup>35</sup>. In der Schweiz und Österreich hingegen gab es nur wenige, dafür aber sehr innovative Rüstungsunternehmen (u.a. Steyr-Puch, Oerlikon), die primär Spezialprodukte für die besonderen Aufgaben der eigenen Streitkräfte fertigten. Österreich entwickelte – ähnlich wie Westdeutschland – ein gesetzlich geregeltes Ausschreibungsverfahren für staatliche Beschaffungsaufträge<sup>36</sup>. Im Gegensatz dazu gab es in der Schweiz einen aufwendigen politischen Abstimmungsprozess in allen Kammern des Berner Parlaments, der bis heute in Form von »Rüstungsprogrammen« dem Erwerb von Rüstungsgütern durch das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport vorgeschaltet ist<sup>37</sup>.

In der Bundesrepublik Deutschland ist – insbesondere aufgrund der Erfahrungen in den Jahren des Dritten Reiches – ein Beschaffungssystem für sämtliche öffentliche Aufträge entstanden, das dafür sorgen soll, dass der Staat als einziger

<sup>34</sup> Siehe hierzu u.a.: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/10407/spillover-effekt-v7.html> (3.12.2014).

<sup>35</sup> Literatur über die schwedische Rüstung siehe u.a.: Wilhelm Agrell, *Vetenskapen i försvarets tjänst. De nya stridsmedlen, försvarsforskningen och kampen om det svenska försvarets struktur*, Lund 1989; Ingemar Dörfer, *System 37 Viggén. Arms, Technology and the Domestication of Glory*, Oslo 1973; Johan Gribbe, Per Lundin and Niklas Stenlås, *Science for Welfare and Warfare. Technology and State Initiative in Cold War Sweden*, Sagamore Beach 2010; Ulf Olsson, *The Creation of a Modern Arms Industry 1939–1974*, Göteborg 1974. Weitere Literaturhinweise hierzu finden Sie im Beitrag von Niklas Stenlås.

<sup>36</sup> Literatur über die österreichische Rüstung finden Sie u.a. bei: *Das Bundesheer der Zweiten Republik. Eine Dokumentation*. Hrsg. von Manfred Rauchensteiner, Wien 1980 (= Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien, 9); Peter Pilz, *Die Panzermacher. Die österreichische Rüstungsindustrie und ihre Exporte*, Wien 1982 (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, 10); Harald Pöcher, *Geld, Geld und noch einmal Geld ... Streitkräfte und Wirtschaft – Das Österreichische Bundesheer als Wirtschaftsfaktor von 1955 bis in die Gegenwart*, Wien 2006 (= Schriften zur Geschichte des Österreichischen Bundesheeres, 9). Weitere Literaturhinweise hierzu finden Sie im Beitrag von Erwin Schmidl.

<sup>37</sup> Über die Schweizer Rüstung findet der interessierte Leser weitere Hinweise u.a. bei: *Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges*. Hrsg. von Sandra Bott, Janick Marina Schaufelbühl und Sacha Zala, Basel 2011 (= Itinera, Fasc. 30); *Schweizer Rüstung. Politik, Beschaffungen und Industrie im 20. Jahrhundert*. Hrsg. von Rudolf Jaun und David Rieder, Baden 2013 (= Serie Ares, 1); Alexandre Vautravers, *L'innovation dans le secteur de l'armement en Suisse. Marchés publics – sociétés mixtes*. In: *Innovationen*. Hrsg. von der Schweizerischen Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 17 (2001), S. 347–365. Weitere Literaturhinweise hierzu finden Sie im Beitrag von Christoph Wyniger.

Nachfrager auf einem beschränkten Markt (Monopson) beim Erwerb von Gütern nicht durch die Anbieter übervorteilt wird. Das in diesem Rahmen entwickelte Auftragsvergabeverfahren der »Ausschreibung« bietet allen privatwirtschaftlichen Anbietern von Waren und Leistungen die Möglichkeit, sich auf Grundlage der sogenannten »Verdingungsunterlagen« um einen entsprechenden Auftrag eines öffentlichen Auftraggebers zu bewerben. Hierdurch soll der Wettbewerb zwischen den Anbietern gefördert werden und die nachfragende Behörde ein möglichst gutes sowie günstiges Produkt erhalten. Die Vergabe der Aufträge kann zudem juristisch überprüft werden, um eine gleichmäßige und gerechte Behandlung der Anbieter zu gewährleisten. Diese Vorgehensweise hat sich als so effizient herausgestellt, dass sie im Laufe der Jahre von der Europäischen Union (EU) für die eigene Auftragsvergabe übernommen wurde. Das Verteidigungsministerium hat diese Beschaffungsmethode von Anfang an übernommen und somit die Grundlagen für den Rüstungsinterventionismus in der Bundesrepublik gelegt.

Dessen ungeachtet hatte die Rüstungsindustrie für die bundesdeutsche Volkswirtschaft während des Kalten Krieges eine ebenso geringe Bedeutung wie nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums. Die meisten deutschen Unternehmen, die Rüstungsgüter herstellen, waren oder sind primär zivilwirtschaftlich produzierende Konzerne; auch überstieg die Zahl der Arbeiter und Angestellten sämtlicher Produzenten von Wehrmaterial nie 300 000<sup>38</sup>. Heute pendelt die Zahl sogar bei unter 80 000 Mitarbeitern bei einem Jahresumsatz von rund 15 Mrd. Euro. Die Publizisten, die einen Militärisch-Industriellen Komplex in Deutschland vermuten, argumentieren gerne damit, dass die Bundesrepublik einer der größten Rüstungsexporteure der Welt sei. Grundsätzlich stimmt es, dass Deutschland seit vielen Jahren zu den zehn größten Lieferanten von militärischer Ausstattung weltweit gehört<sup>39</sup>. Der Jahresumsatz der Ausfuhren betrug 2013 nach den Erhebungen des Bundesministeriums für Energie und Wirtschaft rund 5,85 Mrd. Euro<sup>40</sup>. Verglichen mit der Gesamtsumme deutscher Exporte von rund 1,1 Bn. Euro ist dies jedoch mit rund 0,53 Prozent eine vergleichsweise geringe Summe. Darüber hinaus werden Rüstungsexporte nicht – wie in einem MIK sonst üblich – von der Bundesregierung gefördert, sondern vielmehr von dieser daraufhin kontrolliert, ob sie dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und dem Kriegskontrollwaffengesetz (KWKG) entsprechen<sup>41</sup>.

Dänemark und die DDR haben während des Kalten Krieges keine eigene Rüstungsindustrie im engeren Sinne<sup>42</sup> aufbauen können, obwohl sie der NATO bzw.

<sup>38</sup> Das waren selbst in der alten Bundesrepublik Deutschland nicht mehr als 1 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer. Siehe hierzu u.a.: <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/karriere/a-203713.html> (3.12.2014).

<sup>39</sup> Hierzu und zum Folgenden siehe: <http://www.sipri.org/yearbook/2013/files/SIPRIYB13Summary.pdf> (3.12.2014).

<sup>40</sup> Siehe hierzu: <http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=641648.html>, S. 22 (3.12.2014).

<sup>41</sup> Siehe hierzu: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/A/aussenwirtschaftsrecht-grundsaeetze,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> und <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/krwaffkontrg/gesamt.pdf> (3.12.2014).

<sup>42</sup> Rüstungsindustrie *im engeren Sinne* bezeichnet Industriebereiche, die rein militärisches Material und Großgerät für die nationalen Streitkräfte, aber auch für den Export entwickeln und herstellen.

dem Warschauer Pakt angehörten. In dem kleinen skandinavischen Staat lag dies vor allem am fehlenden Know-how und nicht vorhandenen Produktionskapazitäten der heimischen Industrie sowie einer anfänglich sehr umfangreichen materiellen Unterstützung durch die NATO-Verbündeten<sup>43</sup>. Die dänischen Regierungen waren darum bemüht, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Anstrengungen für die Landesverteidigung ganz im Sinne eines Rüstungsinterventionismus in Einklang zu bringen. Die DDR hingegen wurde, nachdem der Versuch, eine Rüstungsindustrie im engeren Sinne aufzubauen, Anfang der 1960er-Jahre endgültig gescheitert war<sup>44</sup>, durch die Strukturen des Warschauer Paktes und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) an weiteren Anstrengungen gehindert<sup>45</sup>. Folglich konnte sich in der DDR trotz der Voraussetzungen der sozialistischen Zentralwirtschaft kein MIK entwickeln. Die weiteren rüstungswirtschaftlichen Bestrebungen der Regierung in Ost-Berlin entsprechen dann zwangsläufig eher einer abgeschwächten (sozialistischen) Form des Rüstungsinterventionismus.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hofften die meisten europäischen Staaten auf eine »Friedensdividende«<sup>46</sup> und Rüstungsunternehmen stellten sich darauf ein, erhebliche Umsatzeinbrüche zu erleiden, mit der Folge, dass ganze Produktionszweige auf die Herstellung ziviler Produkte umgestellt wurden. Gleichzeitig gab es einen erheblichen technologischen Schub durch die Digitalisierung der Militärtechnik, mit der Konsequenz, dass Rüstungsgüter immer komplexer und kostspieliger wurden. Diese neuen Waffensysteme, aber auch die tektonischen Verschiebungen in den weltweiten Machtgefügen haben die (geplante) Kriegführung innerhalb weniger Jahre grundlegend verändert. Aus der Vorbereitung auf große

---

Im Gegensatz dazu bezeichnet eine Rüstungsindustrie *im weiteren Sinne* Unternehmen, die unter anderem auch Rüstungsgüter herstellen bzw. deren zivil produzierte Güter auch durch das Militär genutzt werden können (z.B. Kasernenbauten und -ausstattung, Automobile, Bekleidung oder Spezialgerät).

<sup>43</sup> Zur Literatur über die dänische Rüstung siehe u.a.: Hans C. Bjerg, *A History of the Royal Danish Navy 1510–2010*, København 2010; Jens T. Lauridsen, *Den Kolde Krig og Danmark*, København 2011; Søren Nørby, Steen Schön, *Fregatterne Peder Skram og Herluf Trolle. Flådens flagskibe under Den kolde Krig*, København 2006; *Safeguarding Security in the Baltic Approaches 1962–2002*. Ed. by Ove Høegh-Guldberg Hoff, Karup 2002. Weitere Literaturhinweise hierzu finden Sie im Beitrag von Søren Nørby.

<sup>44</sup> Ausführungen über die ostdeutsche Rüstung finden Sie u.a. bei: Torsten Diedrich, *Herrschaftssicherung, Aufrüstung und Militarisierung im SED-Staat*. In: *Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven*. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Hans Ehlert und Matthias Rogg, Berlin 2004 (= *Militärgeschichte der DDR*, 8), S. 257–283; Rainer Karlsch, *Wirtschaftliche Belastungen durch bewaffnete Organe*, Baden-Baden 1999 (= *Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit«*, 3); Uwe Markus, *Waffenschmiede DDR*, Berlin 2010. Weitere Literaturhinweise hierzu finden Sie im Beitrag von Torsten Diedrich.

<sup>45</sup> Trotzdem wurden fast 60 Prozent der Ausrüstung der NVA in der DDR hergestellt. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die NVA im Rahmen des Warschauer Paktes Spezialaufgaben zu erfüllen hatte, für die sie weniger Großgerät als vielmehr Spezialgerät und die eigene Versorgungsindustrie benötigte. Siehe hierzu den Beitrag von Torsten Diedrich.

<sup>46</sup> Siehe hierzu: Wulf Herbert, *Friedensdividende*. In: *Handbuch Frieden*. Hrsg. von Hans J. Gießmann und Bernhard Rinke, Wiesbaden 2011, S. 138–148, online unter: [http://link.springer.com/chapter/10.1007%2F978-3-531-92846-3\\_9](http://link.springer.com/chapter/10.1007%2F978-3-531-92846-3_9) (kostenpflichtig, 3.12.2014).

»Panzerschlachten in der Norddeutschen Tiefebene«<sup>47</sup> wurde für die westlichen Demokratien bereits in den ersten Einsätzen in Somalia und Bosnien-Herzegowina die »Asymmetrische Kriegführung«<sup>48</sup>. Für die neuen Einsatzszenarien und -regionen benötigten die meisten hierbei eingesetzten Streitkräfte vollkommen neue militärische Ausrüstungsgegenstände. Allein dies kann in Zeiten knapper Kassen zu massiven finanzpolitischen Belastungen führen. Hinzu kommen seit einigen Jahren die hohen Preissteigerungsraten durch die immer komplexer werdenden Waffensysteme für die Kriegführung im 21. Jahrhundert. Die meisten EU-Staaten begegneten den neuen Herausforderungen in den vergangenen Jahren mit der Reduzierung ihrer Streitkräfte<sup>49</sup>. Um einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden, besann man sich trotz aller vermeintlichen Nachteile – Verzögerungen, komplizierte Absprachen, mögliche Projekte, aus denen man nicht austeiigen kann, Spionage, Übervorteilung und mögliche volkswirtschaftliche Nachteile – auf die in den späten 1960er-Jahren entwickelte Idee der multilateralen europäischen Rüstungskoooperation. Insbesondere durch positive Synergie- und Skaleneffekte<sup>50</sup> sollen in Zukunft bei gemeinsamen Projekten die Stückkosten für die Forschung, Entwicklung und Herstellung von Rüstungsgütern deutlich gesenkt werden<sup>51</sup>. Obendrein werden die Vorteile von Rüstungskoooperationen an Bedeutung gewinnen, wenn die Projekte unter der Prämisse durchgeführt werden, dass die beteiligten Nationen zukünftig häufiger gemeinsam in den Einsatz gehen. Spannend dürfte indes bleiben, wie es die europäischen Regierungen schaffen, die verschiedenen Beschaffungsstrukturen besser aufeinander abzustimmen, um mögliche, daraus resultierende negative Effekte zu vermeiden.

#### 4. Systematischer Vergleich: Militärisch-Industrieller Komplex vs. Rüstungsinterventionismus

Vor dem Hintergrund der vorangestellten Definitionen des Militärisch-Industriellen Komplexes und des Rüstungsinterventionismus sowie der beschriebenen Fallstudien der einzelnen Länder ergeben sich auf der Basis der verschiedenen Kriterien für die beiden betrachteten Beschaffungsstrukturen unterschiedliche Ausprägungen der verschiedenen Formen der Rüstungsgüterbeschaffung. Diese sind in Tabelle 1 an-

<sup>47</sup> Siehe hierzu: Helmut Hammerich, Die Operationsplanung der NATO zur Verteidigung der Norddeutschen Tiefebene in den Achtzigerjahren. In: Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990. Im Auftrag des ZMSBw hrsg. von Oliver Bange und Bernd Lemke, München 2013 (= Beiträge zur Militärgeschichte, 75), S. 287–310.

<sup>48</sup> Siehe hierzu u.a.: Herfried Münkler, Die neuen Kriege, Reinbek 2002.

<sup>49</sup> Siehe hierzu u.a.: Strategic Cultures in Europe (wie Anm. 7), und <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/strucks-strategie-sparen-kuerzen-schliessen-a-281592.html> (3.12.2014).

<sup>50</sup> Zu Synergieeffekten siehe: <http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/synergieeffekt/synergieeffekt.htm> (3.12.2014) Zu Skaleneffekten siehe: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/economies-of-scale.html?referenceKeywordName=Skaleneffekt> (3.12.2014).

<sup>51</sup> Siehe hierzu u.a. Dieter H. Kollmer, Zwischen Leistungsbilanzüberschuss und Skalenerträgen. Deutsche Interessen in den Anfangsjahren der deutsch-französischen Rüstungskoooperation von 1953 bis 1972. In: Militär in Deutschland und Frankreich. Vergleich, Verflechtung und Wahrnehmung zwischen Konflikt und Kooperation. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Jörg Echternkamp und Stefan Martens, München 2012, S. 159–174.